

## **Nachhaltige Staatsfinanzen? Familienpolitik im Angesicht des demographischen Wandels**

Von Lucia Gaschick

Es ist gemeinhin bekannt: Die Bevölkerung Deutschlands wird immer älter. Die Geburtenrate verharrt auf niedrigem Niveau, die Lebenserwartung dagegen steigt immer weiter an, so dass sich die Rentenbezugsdauer in den letzten Jahrzehnten von 10 auf 20 Jahre verdoppelt hat. Und eine Umkehr dieses so genannten doppelten Alterungsprozesses ist zumindest in den nächsten 20 Jahren nicht in Sicht.

### **Einschneidende Veränderungen in der Altersstruktur**

Damit steht die Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Während bis 1995 auf eine Person über 65 noch vier Erwerbstätige kamen, sind es heute nicht einmal mehr drei, ab 2030 dann höchstens noch zwei. Diese Veränderung der Altersstruktur setzt vor allem die sozialen Sicherungssysteme wie die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung unter Druck, weil diese Systeme von ihrem Wesen her durch eine starke Umverteilung von Jung zu Alt gekennzeichnet sind. Wenn nun ab dem Jahr 2030 für die Renten-, Pflege- und Gesundheitsleistungen einer Person im Rentenalter Sozialbeiträge von nur noch zwei Erwerbstätigen herangezogen werden können, so wird schnell offenkundig, dass der deutsche Staat vor einem großen Finanzierungsproblem steht.

### **Was hat das mit Nachhaltigkeit zu tun?**

Dieses Finanzierungsproblem des deutschen Staates steht und fällt mit dem Grundprinzip nachhaltigen Wirtschaftens. Dieses Prinzip hat der Forstökonom Carl von Carlowitz mit Blick auf eine nachhaltige Forstwirtschaft bereits Anfang des 18. Jahrhunderts formuliert: Schlage immer nur so viel Holz, wie durch planmäßige Aufforstung wieder nachwachsen kann. Es lässt sich eins zu eins auf den Staatshaushalt übertragen. Nur leider hält sich der Staat nicht an das Nachhaltigkeitsprinzip. Denn er verspricht den Bürger\*innen mehr Geld, als er in Zukunft einnehmen wird. Um im Bild des Waldes zu bleiben: Er schlägt mehr Bäume als nachwachsen können.

Ein Staatshaushalt, der mehr Leistungen und Transfers verspricht, als er an Einnahmen generieren kann, ist nicht nachhaltig. Die Staatsfinanzen weisen eine sogenannte Nachhaltigkeitslücke auf, die zukünftige Generationen belastet. In Deutschland ist diese Nachhaltigkeitslücke aufgrund des demographischen Wandels in den vergangenen Jahren stetig angewachsen, durch die Corona-Pandemie nochmals besonders: Das Forschungszentrum Generationenverträge der Universität Freiburg beziffert das unsichtbare Loch in der Staatskasse im Jahr 2020 auf rund 10 Billionen Euro –

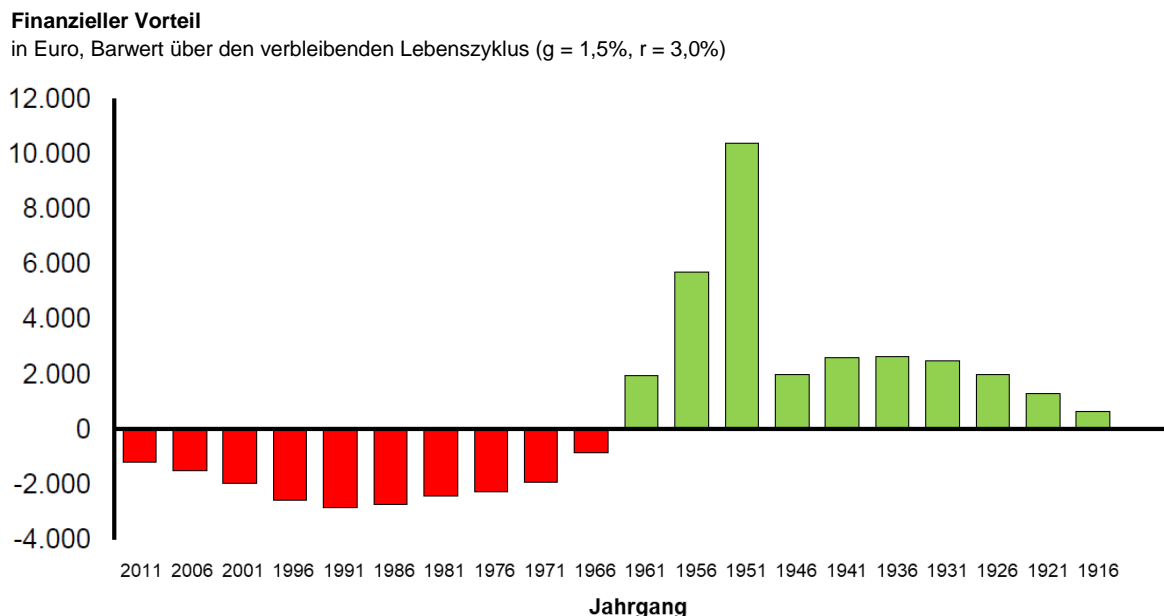
das ist mehr als dreimal so viel wie das deutsche Bruttoinlandsprodukt!<sup>1</sup> Die größten Treiber der Nachhaltigkeitslücke sind dabei – wie schon angedeutet – die Sozialversicherungssysteme.

Diese Erkenntnis ist nicht neu. Seit dem Absturz der Geburtenrate in den 1970er Jahren war klar, dass die Sozialversicherungssysteme nicht mehr nachhaltig finanziert sind. In der Folge – insgesamt jedoch viel zu spät – fand eine Reihe von Reformen statt, um insbesondere die Rentenversicherung auf nachhaltigere Füße zu stellen. Durch die zwischen 2001 und 2007 ergriffenen Maßnahmen (modifizierte Brutto Lohnanpassung, Nachhaltigkeitsfaktor und Rente mit 67) gelang es, die zukünftigen Finanzierungslasten etwas einzudämmen und einigermaßen paritätisch auf Beitragszahler\*innen und Leistungsempfänger\*innen zu verteilen.

## Aufweichung der Reformen verschiebt das Verteilungsgleichgewicht zwischen den Generationen

Mit der Aufweichung dieser Reformen durch die Rentenpakete der Bundesregierung in den Jahren 2014 (Rente mit 63, Mütterrente) und 2018 (Festschreiben von Rentenbeitrag und Rentenniveau) wurde diese paritätische Lastverteilung einseitig zu Ungunsten der Beitragszahler\*innen, d.h. der jüngeren Jahrgänge verschoben. Berechnungen des Forschungszentrums Generationenverträge der Universität Freiburg zeigen, dass vom Rentenpaket 2014 insbesondere die Jahrgänge 1951 bis 1956 profitieren, während die Jahrgänge 1966 und jünger dafür aufkommen müssen (siehe Abb. 1).

**Abb. 1** Verteilungswirkung des Rentenpakets 2014 der Bundesregierung zwischen den Generationen

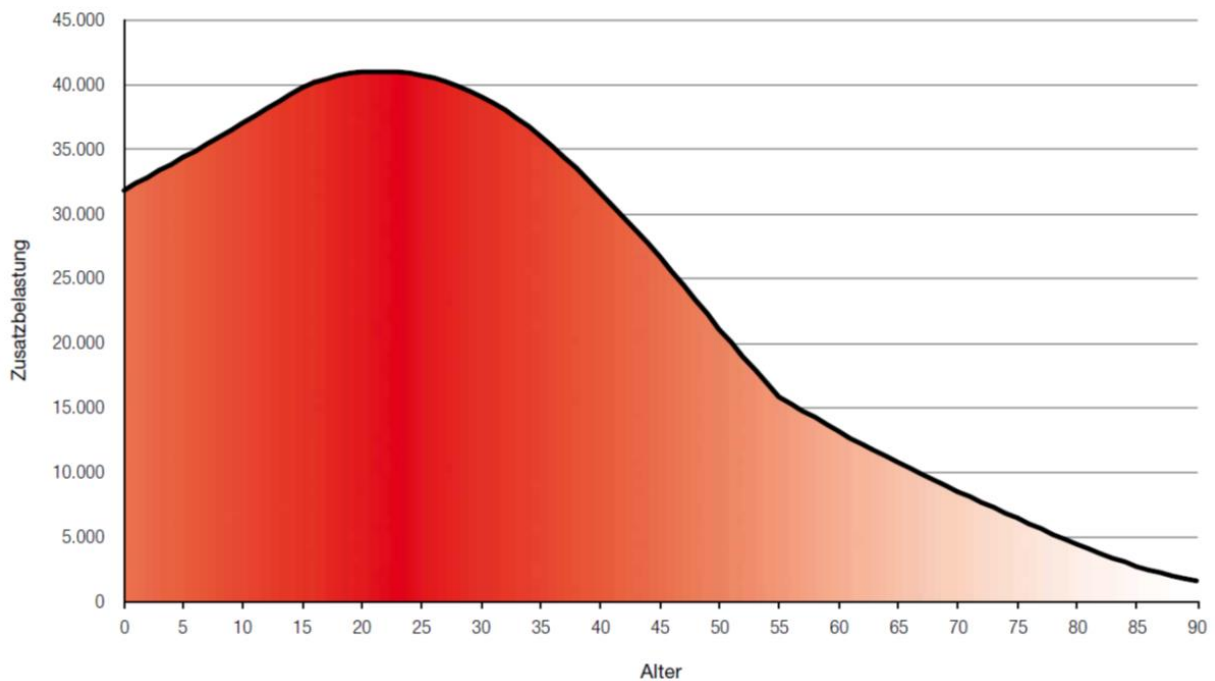


Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge, Universität Freiburg.

<sup>1</sup> Vgl. Bahnsen, L., Kohlstruck, T. et al. (2020), Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz Update 2020 – Nachhaltigkeit im Schatten der Corona-Pandemie, *Argumente zu Marktwirtschaft und Politik*, 152, 2020.

Durch das Rentenpaket 2018, also die Festschreibung von Rentenbeitrag und Rentenniveau, entstehen noch größere Belastungen für jüngere Generationen: Um dieses Regierungsversprechen einzulösen, müssen z.B. derzeit 30-Jährige im weiteren Lebensverlauf durchschnittlich rund 40.000 Euro mehr an Steuern zahlen. Das entspricht einer lebenslänglich wirkenden Steuererhöhung von ca. 10 Prozent (siehe Abb. 2).

**Abb. 2 Zusatzbelastung durch Finanzierung des Rentenpakets 2018 über Steuererhöhungen im weiteren Lebensverlauf nach Alter (in Euro)**



Quelle: Forschungszentrum Generationenverträge, Universität Freiburg.

## Was hat das alles mit Familien zu tun?

Alles, könnte man sagen. Denn zum einen gehören die Familien zu den Beitrags- und Steuerzahlenden, die die Sozialsysteme finanzieren. Zugleich sind sie verantwortlich für die Erziehung der Kinder, der zukünftigen Beitragszahler\*innen – auch dafür müssen sie finanziell aufkommen und werden bei dieser ihrer gesellschaftlich so relevanten Aufgabe bislang immer noch nicht angemessen entlastet. Zum anderen gehören Familien zu den Pflegedienstleistenden schlechthin: Familien erziehen nicht nur ihre Kinder, sie kümmern sich auch in hohem Maße um alte und pflegebedürftige Eltern und Angehörige.

## Familien befinden sich in einem besonderen Dilemma

In dieser Doppelrolle tut sich für Familien ein Dilemma der besonderen Art auf: Auf der einen Seite leiden sie – und in Zukunft noch stärker – unter den finanziellen Belastungen, die der doppelte Alterungsprozess der Gesellschaft und die Rentenversprechungen der Bundesregierung mit sich bringen. Auf der anderen Seite sehen und erleben sie ihre alt werdenden Angehörigen und wollen,

dass diese auch an ihrem Lebensabend einen angemessenen Lebensstandard, Halt, Geborgenheit und menschenwürdige Beziehungen erfahren dürfen.

Familien leben in diesem Dilemma. Sie erleben Frust, Trauer und vielleicht auch Wut angesichts einer Politik, die diese belastende Situation der Familien erst anfanghaft zu begreifen scheint. Und die das Thema nachhaltige Staatsfinanzen auf die lange Bank schiebt, wie man an den zögerlichen und mutlosen Äußerungen der Rentenkommission sieht. Ganz zu schweigen von der immensen Neuverschuldung, die in Coronazeiten angehäuft wurde – ein Erbe an unsere Kinder- und Enkelgeneration von sehr zweifelhaftem Wert. Wie können Familien in diesem Dilemma entlastet werden?

Dass sich wenigstens ein bisschen etwas verändert, zeigt das 2019 beschlossene Angehörigen-Entlastungsgesetz, wonach Familien erst ab einem Jahreseinkommen von über 100.000 Euro zur Finanzierung der Pflegeleistungen von Angehörigen herangezogen werden dürfen. Die anstehende Reform des (Familien-)Pflegezeitgesetzes mit der anvisierten Einführung einer Pflegezeit mit Lohnersatzleistung (analog zu Elternzeit und Elterngeld) zielt ebenfalls in die richtige Richtung. Auch in der Frage der Beitragsgerechtigkeit für Familien in den Sozialversicherungen könnte sich in naher Zukunft etwas tun. Hier gilt es, das im Laufe des Jahres 2021 zu erwartende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Musterklagen des Familienbunds abzuwarten.<sup>2</sup>

## **Die Zukunft ist ungewiss**

Offen bleibt die Frage nach einer Gesamtstrategie angesichts der Herausforderung des demographischen Wandels. Die Schritte hin zur Entlastung von Familien müssen ja ebenfalls finanziert werden, und zwar so, dass die Nachhaltigkeitslücke dadurch nicht noch größer wird, also für nachfolgende Generationen dadurch nicht noch größere Belastungen entstehen. Es wäre vermessen zu meinen, dass Erwerbstätige ohne Erziehungsverpflichtung die finanziellen Lasten der Gesellschaft alleine stemmen könnten. Wer aber leistet dann welchen Beitrag zu mehr Nachhaltigkeit? In welcher Form? Monetär oder nicht monetär?

All dies sind Fragen der Gerechtigkeit, die solidarisch, aber auch subsidiär denkend innerhalb des gesellschaftlichen Diskurses beantwortet werden müssen. An dieser Stelle sind in erster Linie die politisch Verantwortlichen, aber auch die zivilgesellschaftlichen Akteure in unserem Land gefordert und gefragt. Gemeinsam gilt es, tragbare Lösungen zur nachhaltigen Finanzierung der staatlichen Systeme zu finden, damit auch für unsere Kinder und Enkel das Leben in Deutschland attraktiv und lebenswert bleibt.

*Die Autorin Lucia Gaschick ist promovierte Volkswirtin und Theologin und seit 2018 als Geschäftsführerin für den Familienbund der Katholiken in der Erzdiözese Freiburg tätig.*

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu <https://www.familienbund-freiburg.de/beitragsgerechtigkeit/> sowie <https://elternklagen.de/>.